

<b>Zeitschrift:</b>	Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
<b>Band:</b>	93 (1996)
<b>Heft:</b>	6
<b>Artikel:</b>	Sozialhilfe 1990-1995 : zahlenmässige Entwicklung : Schätzung und Hypothesen
<b>Autor:</b>	Tschümperlin, Peter
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-838260">https://doi.org/10.5169/seals-838260</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Sozialhilfe 1990 – 1995

### Zahlenmässige Entwicklung: Schätzung und Hypothesen

Der Sachverhalt ist bekannt und wird allseits beklagt: Es gibt auf schweizerischer Ebene kein verlässliches Zahlenmaterial zur Sozialhilfe, verstanden als individuell bemessene Bedarfsleistung der öffentlichen Hand zugunsten von einzelnen Personen und Haushalten. Diese Tatsache illustriert das Mauerblümchendasein der Fürsorge im Rahmen des Systems der sozialen Sicherheit. Es ist dagegen unbestritten, ja geradezu offensichtlich, dass die Sozialhilfe in den letzten Jahren sowohl absolut (Gesuchszahlen und Kosten) als auch relativ (im Ver-

hältnis zu anderen Sozialausgaben) an Gewicht und Bedeutung zugenommen hat. Dies wiederum hat Politik und Öffentlichkeit auf den Plan gerufen: Wenn schon keine statistischen Angaben greifbar sind, so sollen doch wenigstens Schätzahlen und Erfahrungswerte weitergegeben werden, lautete die Forderung. Peter Tschümperlin, Geschäftsführer der SKöF, ist dem Verlangen schliesslich nachgekommen. Er kommentiert im Folgenden seine «Schätzung der zahlenmässigen Entwicklung in der Sozialhilfe von 1990 bis 1995».

Die Schweizerische Konferenz für öffentliche Fürsorge (SKöF) hat 1988 im Rahmen einer der ersten Tagungen zum Thema «Armut und Sozialhilfe» (Brunnen/SZ, 14./15. Juni 1988 und 6./7. Oktober 1988) erstmals die Zahl jener Personen geschätzt, die öffentliche Unterstützungsgelder beziehen. Gesprochen wurde von 3 bis 5 Prozent der Bevölkerung in städtischen Agglomerationen und 0,5 bis 1,5 Prozent in ländlichen Regionen. Es durfte damals davon ausgegangen werden, dass im Durchschnitt 1,5 bis 2 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung auf Unterstützungsleistungen der öffentlichen Fürsorge angewiesen war. Diese Situation hat sich bis zum Jahr 1990 nur unwesentlich verändert.

### Hundertprozentige Zunahme von 1990 bis 1995

Ab 1991 haben sich, bedingt vor allem durch den Einbruch auf dem Arbeitsmarkt, die Gesuche um Sozialhilfe ge-

häuft (vgl. Tabelle Seite 85). Die massivsten Steigerungen sind in den Jahren 1993 und 1994 zu verzeichnen, obschon der wirtschaftliche Einbruch bereits zwei Jahre früher erfolgt war. Dies ist nicht weiter erstaunlich, weil die Sozialhilfe auf wirtschaftliche beziehungsweise arbeitsmarktlche Entwicklungen im allgemeinen mit einer gewissen Verzögerung reagiert: Zum einen können erwerbslose Personen vorrangig oft Leistungen der Arbeitslosenversicherung in Anspruch nehmen. Zum anderen reichen viele Bedürftige erst spät, sozusagen nur im äussersten Fall, ein Gesuch um öffentliche Unterstützung ein. In grösseren Städten konnte beobachtet werden, dass lediglich jede dritte von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerte Person innerhalb von einigen Monaten als Sozialhilfesuchende in Erscheinung trat. Die übrigen dürften entweder wieder eine Stelle gefunden, aus nur einem Einkommen (bei ehemaligen Doppelverdienenden), aus angespartem Vermögen oder von privaten Zuwendungen gelebt haben.

Die Zahl der Sozialhilfedossiers (sogenannte «Fälle» oder «Einheiten»; nicht immer, aber häufig identisch mit «Haushalten») hat sich nach unserer Schätzung in den Jahren 1990 bis 1995 fast verdoppelt. Die Zahl der betroffenen Personen (= alle Unterstützten) hat sich im selben Zeitraum sogar mehr als verdoppelt. Damit kommen heute durchschnittlich mehr Personen auf ein einzelnes Unterstützungsdatum als 1990 (fast 2 im Vergleich zu 1,7 vor fünf Jahren). Dies hängt damit zusammen, dass in den letzten Jahren wieder vermehrt Familien unterstützt worden sind, während in den Achtzigerjahren dies eher die Ausnahme bildete.

Die Netto-Unterstützungsleistungen (Unterstützungskosten nach Abzug aller Einnahmen) der Sozialhilfe sind ebenfalls um hundert Prozent gestiegen. Damit schätzen wir die Durchschnittskosten pro Einzelfall heute zwar etwas höher ein als noch 1990, umgerechnet auf die einzelne

unterstützte Person ergibt sich jedoch keine Veränderung. Alle Anzeichen deuten tatsächlich darauf hin, dass die Unterstützungskosten pro Person in den letzten Jahren in etwa gleichgeblieben sind. Dies mag zufällig sein (viele Sozialhilfesuchende werden nur einmalig oder sporadisch, beim Anfall grösserer Auslagen, unterstützt; bei den anderen fällt z. B. die Höhe der Wohnungsmiete stark ins Gewicht). Es ist aber auch möglich, dass darin die finanzpolitisch motivierte Zurückhaltung vieler Sozialhilfeorgane bei der individuellen Budgetberechnung ihren Ausdruck findet.

### Dunkelziffer nach wie vor hoch

Wenn oben angemerkt wurde, dass viele Leute in unserem Land die Sozialhilfe nur im äussersten Fall in Anspruch nehmen, so legt dies auch die Vermutung nahe, dass etliche Haushalte es stattdes-

Jahr	Unterstützungs-einheiten («Fälle», Haushalte)*	Unterstützte Personen*	Unterstützungs-auslagen Total Netto**
1990	75 000	130 000	450 Mio
1991	83 000	150 000	520 Mio
1992	92 000	170 000	600 Mio
1993	110 000	210 000	700 Mio
1994	125 000	245 000	830 Mio
1995	140 000	265 000	900 Mio

\* ohne Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge vor der Erteilung einer Niederlassungsbewilligung (= auf Basis Asylgesetz Unterstützte)

\*\* Netto-Auslagen aufgrund individueller Unterstützungsbudgets.

Ohne Sonderleistungen wie Alimentenbevorschussung, Mietzinszuschüsse, KK-Prämienverbilligungen, Altersbeihilfen, Mutterschaftsbeiträge etc.

#### Basis der Schätzung:

- SKöF-Schätzung aus dem Jahr 1988
- Ergebnisbericht des NFP 29-Projektes «Sozialhilfestatistik» von Dr. H. Rüst, Zürich (Datenbasis 1992)
- Angaben von Stadtgemeinden und einigen, namentlich kleineren Kantonen
- Diskussionsergebnisse aus Gremien der SKöF

sen vorziehen, unterhalb der Schwelle der offiziellen Existenzminima zu leben. Sie nähren damit die Dunkelziffer der Armut in unserem Land. Fachleute schätzen diese Dunkelziffer auf gegen 100 Prozent der offiziell Unterstützten. Die Ergebnisse der bislang veröffentlichten kantonalen Armutsstudien deuten jedenfalls in diese Richtung.

Wenn mittlerweile dreieinhalb Prozent der Bevölkerung einmalige, sporadische oder regelmässige Leistungen der Sozialhilfe beanspruchen, so lässt sich der Anteil der Bevölkerung, der ohne diese Leistungen nahe oder unterhalb der Armutsschwelle liegt, auf sieben Prozent schätzen. Mithin darf davon ausgegangen werden, dass mindestens eine halbe Million Menschen in diesem Land akut armutsgefährdet oder effektiv arm sind.

Zu den nichtunterstützten Armen zählen wohl viele alleinerziehende Frauen mit kleinem Alimenteneinkommen und/oder privater Unterstützung (z. B. seitens eines Partners). Besonders in Landregionen dürften auch strukturell vollständige Familien anzutreffen sein, deren Einkommen das Existenzminimum nicht erreicht. Schwellenängste gegenüber der Sozialhilfe sind mancherorts noch sehr ausgeprägt, teilweise sogar rational wohlbegründet. Leider haben finanzpolitischer Druck und öffentliche Pauschalangriffe auf (vermeintlich hohe) Fürsorgeleistungen das Ihre dazu beigetragen, dass solche Hemmschwellen in den letzten Jahren seitens der zuständigen Organe kaum mehr aktiv abgebaut worden sind.

Peter Tschümperlin

## «Neue» Armut gestern und heute

### Strategien der Armutsbekämpfung

Auch in der Schweiz zeigt sich, dass längst nicht mehr alle Menschen durch Arbeit/Erwerb allein ihre Existenz absichern können. Zu den Strategien der Bekämpfung der daraus resultierenden Armut und Einkommensschwäche gehören existenzsichernde Grundeinkommen. Ausserdem, so erläutert Marcela Hohl von der Caritas Schweiz im folgenden Artikel, ist eine grundlegende Sozialreform der Sozialwerke sowie der öffentlichen Sozialhilfe notwendig.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre machten die ersten Untersuchungen eine breitere Öffentlichkeit auf das Problem der

«Neuen» Armut aufmerksam. Sie lösten in Kreisen der Politiker und Wissenschaftler eine bis heute andauernde Diskussion über dieses Thema aus. Kantonale Armutsstudien wiesen in der Folge nach, dass – je nach Wahl der Einkommensgrenze und Berechnungsmethode – zwischen 5 und 15 Prozent der Wohnbevölkerung in der Schweiz von Einkommensschwäche beziehungsweise Armut betroffen seien. Das entspricht bei einer Wohnbevölkerung von knapp 7 Millionen rund 350 000 bis 1 Million Menschen. Im Hinblick auf die Betroffenengruppen stimmten die Studien in hohem